



Professor
Dr. Wilhelm Hankel
schreibt regelmäßig
an dieser Stelle
und im Internet
www.konservative.de

Professor Hankel begründet,
warum eine „D-Mark II“
der beste Weg aus der
Euro-Krise ist.



Was wir brauchen, ist eine D-Mark II

Politik, Wirtschaft, Medien und ein paar in ihren Diensten stehende Wissenschaftler sind einig: Der Euro muss gerettet werden. Die Kosten seiner Liquidation wären ungleich höher als die Fortsetzung seiner Beibehaltung und Stützung. Doch das Dilemma beginnt beim Wie.

Das geht nur, wenn der Verein europäischer Zentralbanken, das ESZB, bestehend aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den zu ihren Außenstellen degradierten nationalen Zentralbanken (NZB) samt den zur Rettung Griechenlands und inzwischen weiterer drei Krisenländern der Euro-Zone (Irland, Portugal, Spanien) geschaffenen Hilfsfonds (ESFS, demnächst ESM), seine Inflationspolitik fortsetzt und noch mehr frische Euros bereitstellt als bisher.

Über 3 Billionen (3.000 000 000 000) Euro sind es bereits. Das ist mehr als Deutschlands reale Arbeitsleistung, sein Brutto-Inlandsprodukt (BIP). Wie viele weitere Rettungs-Billionen sollen es noch werden? Falsch sagt Deutschlands oberster D-Mark-Hüter a. D., Bundesbank-Chef Jens Weidmann. Der Euro läßt sich so nicht retten. Die Krisenländer müssen ihre Probleme selbst und zu Hause lösen: durch Sparen, Haushalts-Disziplin und Schuldentilgung. Auf keinen Fall können (und dürfen) ihre überdimensionierten Staats- und Bankschulden wie bisher

„monetisiert“ werden. Zwischen Geld- und Haushaltspolitik der Staaten steht eine Brandmauer; sie darf nicht eingegraben werden. Es würde auch nichts bringen, denn ein hoffnungslos aufgeweichter Euro wäre die Folge. Er wäre nicht gerettet, sondern klinisch tot. Man würde ihn durch allerlei Ersatz-Geld (Gold, Aktien, Investment-Zertifikate, reale Immobilien oder Flucht in andere, stabile Währungen) austauschen – ein Prozeß, der längst eingesetzt und auch Noch-Nicht-Krisenländer wie Deutschland erreicht hat.

Streit wie bei einem Glaubenskrieg

Die Euro-Krise zwingt Europa zum Offenbarungseid: die Krisenländer wie ihre Helfer. Was will man? Soll Europa wegen des Euro in eine Hyper-Inflation gestürzt werden, denn diese ist angesichts des Inflationspotentials, das man bereits geschaffen hat und weiterhin schaffen müßte, unausweichlich. Früher oder später kommt sie (nachdem sie sich bisher nur an den Börsen auslebt) auch im Portemonnaie des Bürgers an.

Oder soll nach den Krisenländern im Süden und Nordwesten der Euro-Zone auch noch das bislang leidlich intakte Zentrum von der Krise erfaßt werden? Zwar gehen hier – siehe Deutschland – die Steuereinnahmen noch nicht zurück, aber was, wenn sie es schon bald

tun? Die fortlaufende Anpassung der Staatsausgaben an sinkende Staatseinnahmen setzt eine Abwärts-Spirale in Gang, die nur in einer verheerenden Sozialkrise enden kann. Die jugendlichen Arbeitslosen gehen dann nicht nur in Athen, Madrid und Lissabon auf die Straße, sondern auch in Paris, Brüssel und Berlin. In Europa hat man seit Reformation und Glaubenskriegen nicht mehr so heftig (aber gottlob unblutig) gestritten wie seit dem offenen Ausbruch der Euro-Krise.

Mit seinem Jugendstreich, sich eine „ent-nationalisierte“ Einheitswährung zuzulegen, zunächst für 12, inzwischen 17 wirtschaftlich und kulturell „unvergleichliche“ Staaten, hat sich der alte Kontinent in ein Dilemma verstrickt, das er innerhalb dieses von keinem Staat mehr geschützten Währungsvereins nicht lösen kann. Denn es geht nicht mehr um Argumente, sondern nackte Interessen. Wer zahlt wie viel für wen? Deutschlands Führungseliten in Politik wie Wirtschaft (samt ihren Lautverstärkern in den Medien) machen sich und dem Volk etwas vor, wenn sie glauben, es gäbe eine Lösung für die Rettung des Euro. Es gibt nur eine: die Auflösung der Währungsgemeinschaft, die Rückkehr zu nationalen Währungen. Deutschland würde nicht nur Hunderte von Milliarden neuer Rettungs-Kosten sparen.

Eine dann kräftig aufwertende D-Mark II wäre „eine Sozial-Dividende für das deutsche Volk“ (Karl Schiller). Deutschlands Finanzminister könnte endlich mit dem Abbau der auch hierzulande viel zu hohen Staatsschulden Ernst machen und seine alten Euro-Schulden billig zurückkaufen. Deutschlands Jugend, die gegenwärtige und zukünftige, würde es ihm danken.